

# Konservativ ist populär

Am frühen Morgen des 8.12.1998 kam eine jugoslawische Frau, die seit Jahren in Mersch wohnt, in die Merscher Kirche gelaufen, begleitet von ihrem Mann und ihrem Bruder, verfolgt von zwei Sûreté-Beamten, die den Bruder verhaften und nach Italien abschieben wollten. Er sei seit sechs Monaten illegal im Lande, da er die Europäische Union in Italien betreten habe und seinen Asylantrag dort stellen müsse. Ohne Vorwarnung, weil der Betroffene ja sonst untertauchen könnte, ohne Dolmetscher, der den erschreckten Flüchtlingen erklärt hätte, daß es sich nicht um eine Abschiebung nach Bosnien handele, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß die Frau ihren Bruder braucht, da sie den Mord an ihrem Vater in Srebrenica, den sie mit eigenen Augen miterleben mußte, noch keineswegs verarbeitet hat, sollte der Mann in den Zug nach Italien gesetzt werden. Eine ähnliche Verhaftung hat es am 2. 9. 1998 um 8.10 Uhr in Clerf gegeben. (Vgl. den Beitrag von Sylvain Besch auf S. 12, der näher auf die Hintergründe dieser restriktiven Asyl-Praxis eingeht.)

Dank dem Einsatz des Dechanten von Mersch, der die drei Personen in die Kirche aufnahm, und des Erzbischofs von Luxemburg, der die italienische Botschaft darum bat, den Asylantrag von hier aus zu behandeln, konnte der Mann bislang in Mersch bei seinen Angehörigen bleiben. Justizminister Frieden fand, er wolle keinen Präzedenzfall schaffen. Gesetz sei Gesetz, auch wenn er natürlich das persönliche Schicksal dieser Menschen sehr bedauere. Selbstbemitleidung beim Neujahrsempfang ersetzt aber keine politische Problemlösung! Die Anwesenheit eines Dolmetschers soll aber demnächst die Regel werden..

Am 24.6.1998 war Justizminister Frieden zu Gast bei der ASTI-Generalversammlung. Als anwesende Nicht-EU-Ausländer ihn interpellierten, warum sie eine Kautions von 200 000 Franken hin-

terlegen müssen, wenn sie in Luxemburg einen Arbeitsvertrag haben oder eine(n) Luxemburger(in) heiraten, meinte er: Gesetz sei Gesetz, er könne daran nichts ändern (!?). Im übrigen sehe er nicht, wie er seinen Wählern klar machen könne, daß der Luxemburger Steuerzahler die Transportkosten im Falle einer Ausweisung übernehmen soll.

Bei derselben Gelegenheit äußerte er sich ablehnend gegenüber der doppelten Staatsbürgerschaft, obschon die neue Konvention des Europarats diese durchaus ermöglicht. Aber die hat Luxemburg immer noch nicht unterschrieben.

Am 28.8.1998 erließ Justizminister Frieden eine 'Instruction ministérielle', laut der Jugendliche von außerhalb der EU, die in Luxemburg studieren wollen, u. a. eine Bankgarantie von 100 000 Franken erbringen müssen, um sich an einer Luxemburger Hochschule einschreiben zu dürfen. Im Falle eines Marokkaners, dessen Bankgarantie anscheinend im Justizministerium verloren ging, drohen die Polizeibeamten mit einer Verhaftung während der anstehenden Prüfungen, da ein Rekurs gegen den Abschiebebefehl keinen Aufschub mit sich bringe (vgl. unseren Beitrag auf S. 20).

Für die mittlerweile rund 1600 Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet Kosovo weigert sich der Minister, einen humanitären Statut zu schaffen, auf Grund dessen sie zumindest hier geduldet wären und nicht täglich mit einer Abschiebung rechnen müßten. Er bedauert offenbar, daß sein Vorgänger Marc Fischbach mit den Bosnien-Flüchtlingen humaner umgegangen war.

In Remerschen und in Clerf wurden im Herbst 1998 je etwa 50 Kosovo-Flüchtlinge in leerstehende Hotels einquartiert. Seither geht in diesen Orten die Angst um, als handele es sich um 50 Schwerverbrecher oder potentielle Hühnerdiebe. Warum erklärt kein Familienministerium oder Bürgermeister den Einwohnern, daß

diese Menschen ihre Heimat nicht freiwillig verlassen haben, daß sie zuhause ehrbaren Berufen nachgingen und nichts sehnlicher wünschen, als möglichst schnell ihr Hab und Gut wiederzufinden? Warum erinnert niemand an die Luxemburger, die am 10. Mai 1940 aus dem Minette nach Frankreich flüchten mußten, ohne daß dort jemand nach Recht und Gesetz fragte? Warum wartet man bis zum ersten rassistischen Zwischenfall, bevor eine Aufklärungskampagne gestartet wird? Warum werden solche großen Gruppen - die zudem unter sich oft Streit haben - nicht von einem Sozialarbeiter begleitet? Personalmangel gilt nicht als Entschuldigung, denn die Caritas könnte sich mit demselben Argument aus der Verantwortung stehlen, tut es aber nicht.

Auch in Sachen Drogenpolitik stemmt sich Justizminister Frieden gegen den selbst von CSV-Parteikollegen im Parlament eingebrachten Vorschlag zur Entkriminalisierung des Cannabiskonsums, der 1994 auf Initiative der CSJ auch Eingang ins CSV-Wahlprogramm gefunden hatte. Mittlerweile wird selbst im Hard-Liner-Staat Frankreich die medizinische Harmlosigkeit von Haschisch im Vergleich zu Alkohol und Tabak erkannt. Mit seiner Haltung blockiert er auch weitere Maßnahmen zugunsten der Drogenkranken wie die Entkriminalisierung der Verteilung von sauberen Spritzen oder der Benachrichtigung von Hilfsdiensten im Falle einer Überdosis, ohne daß die Polizei gleich mitkommt.

Auf das C im Namen seiner Partei kann Minister Frieden sich für seine Politik nicht berufen. Die Aufrufe des Erzbischofs in Sachen Asyl sprechen eine andere Sprache (vgl. Beitrag S. 75). Aber konservative Maßnahmen sind populär. Sein Aufstieg im tagesblatt-Politbarometer gibt ihm recht. Christentum hat ausgedient, wie der Sozialismus.

m.p.